



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Berufliche Schulen fit für die Zukunft machen: Berufliche Bildung darf für die Staatsregierung nicht länger bildungspolitischer Nebenschauplatz sein!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Gleichwertigkeit von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen in Bayern auch durch eine Aufstockung bzw. Ergänzung der im Bildungspaket vom 25. April 2017 angekündigten Maßnahmen für berufliche Schulen zu verdeutlichen.

Wesentliche Ziele müssen demnach sein,

- die Personalressourcen über die im Bildungspaket angekündigten 100 Stellen für Lehrkräfte bis 2019 hinaus aufzustocken und damit die Lehrkräfteversorgung an beruflichen Schulen deutlich zu verbessern,
- Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen durch den Aufbau einer Integrierten Lehrerreserve zu reduzieren,
- Möglichkeiten zur Behebung des Personalmanagements im fachpraktischen Bereich zu prüfen,
- die Attraktivität des für die Schulentwicklung so wesentlichen Schulleitungspostens durch eine Aufstockung der Anrechnungstunden für Schulleitungsaufgaben an beruflichen Schulen zu steigern,
- Inklusion und Integration auch an beruflichen Schulen weiter voranzutreiben und die Schulen mit dem hierfür notwendigen Personal – darunter beispielsweise zusätzlichen Sozialpädagoginnen bzw. -pädagogen, Schulpsychologinnen bzw. -psychologen und Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache bzw. Deutsch als Fremdsprache – auszustatten,

- digitale Bildung an beruflichen Schulen weiter voranzutreiben und die Schulen noch besser mit digitalen Lehrmitteln auszustatten, um Nachwuchskräfte für die künftigen Anforderungen im Rahmen der Wirtschaft und Industrie 4.0 ausbilden zu können,
- Demokratieerziehung auch an beruflichen Schulen weiter zu stärken, die hierfür notwendigen Freiräume zu schaffen und beispielsweise auch die Möglichkeit einer Aufnahme politischer Bildung als prüfungsrelevantes Thema in die Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne zu prüfen.

Begründung:

Berufliche Schulen in Bayern stehen aktuell vor einer Vielzahl an großen Herausforderungen – darunter beispielsweise die Flüchtlingsbeschulung, Inklusion, die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft, Werte- und Demokratieerziehung oder aber die im Zuge der Digitalisierung entstehende Arbeitswelt 4.0, auf die es insbesondere auch Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen vorzubereiten gilt. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen vonseiten der Staatsregierung endlich auch an beruflichen Schulen die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, wozu zuallererst eine angemessene Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen gehört. Die bisher im Bildungspaket angekündigten Maßnahmen allein werden jedoch hierfür nicht ausreichen. Dabei gilt es heute mehr denn je, die berufliche Bildung in Bayern von politischer Seite nicht zu vernachlässigen. Denn nur wenn seitens der Politik eine Wertschätzung nicht nur mit Worten, sondern auch durch entsprechende Taten erfolgt, kann auch das gesellschaftliche Ansehen der beruflichen Bildung weiterhin sichergestellt bzw. gestärkt werden. Und nur so lässt sich auch der Trend einer anhaltend rückläufigen Zahl an Lehrverträgen trotz des steigenden Bedarfs an Fachkräften stoppen. Die nachhaltige Verfolgung des bildungspolitischen Zieles einer Stärkung der beruflichen Bildung wird somit zugleich zur Voraussetzung, um Bayerns wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft gewährleisten zu können.